

31.01.14 | **Sicherheitskonferenz**

Gauck fordert aktivere deutsche Außenpolitik

Bundespräsident Joachim Gauck ermahnt die Bundesregierung, nicht "vor Bedrohungen zu fliehen". Zur Verteidigung der eigenen Werte müsse sich Deutschland "entschiedener und substanzieller einbringen". Von

Thorsten Jungholt, München

Es war eine Premiere, nach 50 Jahren. Zum ersten Mal hat ein Bundespräsident auf der 1963 begründeten Münchner Sicherheitskonferenz gesprochen. Vor rund 20 Staats- und Regierungschefs, 50 Außen- und Verteidigungsministern und 90 Regierungsdelegationen eröffnete [Joachim Gauck](http://www.welt.de/themen/joachim-gauck) (Link: <http://www.welt.de/themen/joachim-gauck>) das bedeutendste Forum für Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland mit einer Grundsatzrede.

Das Thema war dem Anlass entsprechend: Es ging um Deutschlands Rolle in der Welt. Will man die definieren, gilt es, zunächst die Frage zu stellen, die viele Außen- und Sicherheitspolitiker in diesem Land gern ignorieren: Was sind unsere Interessen?

"Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen", sagte der Bundespräsident. Dieses Kerninteresse in einer sich rasend schnell verändernden Weltlage zu verfolgen, das sei die große Herausforderung dieser Zeit.

Kleine Schritte reichen Gauck nicht

Um der gerecht zu werden, reichten kleine Schritte nicht aus, schrieb Gauck der Bundesregierung ins Stammbuch. Angesichts des rasanten Wandels der Bedrohungen und der geostrategischen Umwälzungen könne Deutschland nicht so weitermachen wie bisher: "Das überzeugt mich nicht."

Das Ausmaß der weltweiten Umwälzungen beschrieb Gauck prägnant. Einzelne Personen können sich so viel Vernichtungskraft kaufen wie früher nur Staaten. Ökonomische und politische Macht verlagern sich in neue Regionen. Im Nahen Osten drohen sich einzelne Feuer zu einem Flächenbrand zu verbinden. Und während Europa in erster Linie mit sich selbst beschäftigt ist, überdenkt die einzige Supermacht, die USA, Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. "Aus all dem folgt: Die Beschwörung des Altbekanntes wird künftig nicht ausreichen", sagte Gauck.

Statt Belehrungen folgen zu lassen, stellte Gauck zunächst allgemeine Fragen. Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderungen im Gefüge der internationalen Ordnung überhaupt angemessen wahrgenommen? Reagiert es seinem Gewicht entsprechend? Ergreift die Bundesrepublik genügend Initiative, um jenes Geflecht aus Normen, Freunden und Allianzen zukunftsfähig zu machen, das uns Frieden in Freiheit und Wohlstand in Demokratie gebracht hat?

Deutschland tut viel, aber nicht genug

Dann wurde er konkreter. Tun wir, was wir könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten Europas wie in Afrika? Tun wir, was wir müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Tun wir, was wir sollten, um neue und wiedererstarke Großmächte für die gerechte Fortentwicklung der internationalen Ordnung zu gewinnen?

Und welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen?

Gaucks Antworten sind umfassend. Zusammenfassen lassen sie sich so: Ja, Deutschland tut viel. Aber nein, es tut nicht genug. Als Stärke der Bundesrepublik beschrieb Gauck beispielsweise das entwicklungspolitische Engagement. Als eine Schwäche das militärische. "Wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen?", fragte der Präsident.

Die Bundesregierung ist immer schnell dabei, auf den Umfang zum Beispiel des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan zu verweisen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Bündnispartner wie Großbritannien oder die USA übernehmen bei diesem Einsatz – und nicht nur bei diesem – die weitaus gefährlicheren Aufgaben. "Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen", mahnte Gauck. Deutschland zeige zwar seit Langem, dass es international verantwortlich handelt. "Aber es könnte entschlossener weitergehen, um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen zu erhalten und zu formen."

Nicht aus Prinzip Nein sagen

Die Bundesrepublik müsse bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr über Jahrzehnte von anderen gewährt wurde, sagte Gauck. Dafür könne manchmal auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein: "Wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird – der Einsatz der Bundeswehr –, dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip Nein noch reflexhaft Ja sagen."

Gauck weiß, dass dieses Bekenntnis zu mehr Verantwortung in der Welt in der Bevölkerung nicht populär ist. Aber er sieht es als seine Aufgabe an, dem Thema in einem sicherheitspolitisch nur begrenzt interessierten Land mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen. Deshalb warb er dafür, dass die Universitäten mehr Lehrstühle für die Analyse deutscher Außenpolitik einrichten.

Zudem appellierte er an den Bundestag, öfter grundsätzliche Debatten über Sicherheitspolitik zu führen. "Es ist kein gutes Zeichen, wenn jüngere Mitglieder des Bundestages das Gefühl haben, die Beschäftigung mit Außen- und Sicherheitspolitik sei nicht karrierefördernd", mahnte Gauck.

Ein ausdrückliches (und ungewöhnliches) Lob des Präsidenten heimste der neue Außenminister ein. Es sei vorbildlich, wie Frank-Walter Steinmeier (SPD) den Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft suche: "Das Gespräch darüber, wie, wo und wann wir unsere Werte und unsere Sicherheit verteidigen wollen, führt uns zu mehr Klarheit über Maß und Ziel von Deutschlands internationalem Engagement."

Später am Freitag wird auch [Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen](http://www.welt.de/themen/ursula-von-der-leyen)

(Link: <http://www.welt.de/themen/ursula-von-der-leyen>) (CDU) erstmals vor internationalem Publikum noch zur Sicherheitspolitik der neuen schwarz-roten Bundesregierung sprechen. Der Bundespräsident hat die Messlatte ziemlich hoch gelegt.